

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XVII, 1970

Bonn, den 9. September 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 - 2 Verdiente Anerkennung 65

Irish Ollenhauer, Präsident der Sozialistischen Internationale

3 - 4 Harold Wilson und die SPD 30

Es gilt, Freunde zu erwerben
Von Frank Barsig

5 Saxe Auffassung 44

Ist Hücherl noch der richtige Mann?

6 Wie konservativ ist Englands Linke? 50

Ein Buch, das Aufmerksamkeit verdient

Chefredakteur Günter Marxschefel

9. September 1963

Verdiente Anerkennung

Erich Ollenhauer, Präsident der Sozialistischen Internationale

G. M., z. Zt., Amsterdam

Mit der Wahl von Erich O l l e n h a u e r , dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale ist zum ersten Male ein Deutscher in dieses hohe und verantwortungsvolle Amt berufen worden. Erich Ollenhauer folgt dem dänischen Sozialisten Absing A n d e r s e n , der im Dezember vorigen Jahres gestorben ist.

Zweifellos bedeutet die Wahl Erich Ollenbauers zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale eine große Anerkennung für die wirkungsvolle, immer mehr beachtete Leistung der deutschen Sozialdemokratie in geteilten Deutschland und in der internationalen Politik. Die objektiven Schwierigkeiten, denen sich die deutsche Sozialdemokratie nach dem zweiten Weltkrieg gegenübergestellt sah, und die unter der Führung eines Kurt Schumacher und später, nach dessen Tode, unter Führung von Erich Ollenhauer zum Teil überwunden werden konnten, haben das Ansehen der deutschen Sozialdemokratie in der ganzen Welt gefestigt. Die SPD hat durch ihre Haltung die ursprünglich vor Kosken nach dem zweiten Weltkrieg beabsichtigte Überflutung des europäischen Kontinents durch den Kommunismus verhindert. Fast ohne Hilfe von aussen, aber von der Überzeugung getragen, daß der demokratische Sozialismus und die Demokratie als Staatsform die besten Fundamente für die Erhaltung und Sicherung der Menschenwürde und der Freiheit sind, konnte die deutsche Sozialdemokratie den Ansturm des Kommunismus zunächst in Berlin und später im freien Teil Deutschlands abwehren. In diesem Teil Deutschlands ist die Kommunistische Partei zur Bedeutungslosigkeit einer Sekte verurteilt. Im anderen Teil Deutschlands, in der sowjetischen Besatzungszone, beruht ihre Existenz auf der Anwesenheit von Sowjetpanzern.

Die Wahl Erich Ollenbauers zum Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale kann daher als eine Würdigung des ständigen Bemühens der deutschen Sozialdemokratie gewertet werden, ihre Politik in den Dienst der ganzen Nation, in den Dienst der Wiedervereinigung Deutsch-

lands in Freiheit und Frieden zu stellen. In übertragenem Sinne ist sie gleichzeitig eine Würdigung für das deutsche Volk, das den Lockungen des Kommunismus widerstanden hat.

Die Wahl Erich Ollenhauers ist aber auch eine Anerkennung für die großartige Leistung der deutschen Sozialdemokratie, die diese unter seiner Führung mit der Verabschiedung des Godesberger Grundsatzens vollbracht hat. Das Godesberger Programm hat nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen Ländern der Welt, in denen es sozialdemokratische Parteien gibt, ein starkes Echo gefunden. Die in Godesberg verkündeten Thesen wurden vielerorts die Initialzündung für die Weiterentwicklung des Gedankengutes und der Programmatik des Sozialismus in der ganzen Welt; besonders aber dort, wo das Suchen nach neuen Ausdrucksformen des demokratischen Sozialismus bereits Ansätze gezeigt hatte.

Erich Ollenhauer bringt in sein neues Amt als Präsident der Sozialistischen Internationale ein großes Vertrauenskapital mit, das schon in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen entstanden ist, als der jetzige SPD-Vorsitzende Präsident der Sozialistischen Jugendinternationale war. In dieser Zeit haben zahlreiche der gleichen Generation angehörende Staatsmänner von hohem Rang mit Erich Ollenhauer eng zusammengearbeitet und seine großen Kenntnisse, sein Einfühlungsvermögen und sein sicheres Urteil in Fragen der internationalen Politik schätzen gelernt. Das freundschaftliche BU der demokratischen Sozialisten verbindet Erich Ollenhauer mit der meisten Ministern der skandinavischen Staaten, mit dem Vizekanzler Österreichs Bismarck, mit dem österreichischen Außenminister Kreisky und vielen anderen bedeutenden Politikern, wo immer in der Welt Sozialdemokraten und freie Gewerkschafter bei der Gestaltung der Politik ihrer Heimatländer ein gewichtiges Wort zu sagen haben, in Erich Ollenhauer schauen. Überall schätzt man sein ausgleichendes Wesen und seine kluge, vorsichtig abwägende Urteilsfähigkeit.

Es ist selbstverständlich, daß Erich Ollenhauer nunmehr in seiner Eigenschaft als Präsident der Sozialistischen Internationale die so guten persönlichen Beziehungen auch der deutschen Sache dienstbar macht, zumal immer deutlicher wird, daß die friedliche Lösung des Deutschlandproblems der Entspannung und damit der Erhaltung des Friedens in der Welt dient.

Harold Wilson und die SPD

Von Franz Barsig

Über das Auftreten und die Rede, die der britische Oppositionsführer Harold Wilson auf dem 3. Deutschlandtreffen der SPD in Hamburg gehalten hat, haben sich manche Kenner bis heute nicht beruhigt. Man erregt sich allerdings nicht über die Hamburger Junge Union, die der sozialdemokratischen Partei am liebsten schon vorher hätte vorbeisprechen wollen, daß der britische Oppositionsführer bei ihr spreche. Die Öffentlichkeit habe diese undiplomatischen Rollwagn-Kathoden genügend verurteilt. Auch die Äußerung des Vorsitzenden der CDU, CDU-Bundesstigsfraktion, Dr. Heinrich von Brentano, fällt nicht ins Gewicht. Wenn er war uninformiert. Hätten ihn die auf diesem Deutschlandtreffen anwesenden CDU-Beobachter korrekt unterrichtet, dann hätte er seine Äußerung, die SPD hätte Wilsons Thesen widersprechen müssen, nicht getan. Denn der Landesvorsitzende der Hamburger SPD hat in seiner Rede ausdrücklich erklärt, daß man nicht allem zustimmen könne, was Wilson im Hinblick auf die deutschen Fragen vertrete.

Aber alles das ist Tagesgeplänkel und führt nicht an den Kern. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist Mitglied der Sozialistischen Internationale und ihr Gewicht in dieser Gemeinschaft, in der Parteien aus über 30 Nationen vertreten sind, nimmt in diesen Tagen nicht ab, sondern zu. Sie hat aus politischen aber auch aus nationalen Gründen die Pflicht, innerhalb dieser Gemeinschaft ein Verständnis für die deutschen Anliegen zu werben. Sie hätte schon aus protokollarischen Gründen einen schweren Fehler begangen, den neuen britischen Oppositionsführer nicht nach Hamburg einzuladen, nachdem auf dem Münchener Deutschlandtreffen der verstorbene Oppositionsführer Gaitskell der Hauptredner gewesen ist.

Die SPD hat aber auch daran zu denken, daß Harold Wilson - ohne sich dabei in innenbritische Probleme einzumischen - aus den nächsten britischen Wahlen zum Unterhaus als Sieger hervorgehen und Premierminister dieses Landes werden kann. Einen solchen Mann mit der deutschen Sorgen und Nöten ständig zu konfrontieren ist Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei, die in der Außenpolitik gar nichts davon hält, nach den markigen Sprüchen "Viel Feind, viel Ehr'" oder "Und wenn die ganze Welt voll Teufel wär, es muß uns doch gelingen!" zu verfahren. Im Gegenteil, wir brauchen Freunde und Verbündete, wenn wir überhaupt etwas erreichen wollen.

Die SPD wird deshalb nicht, und wenn sich manche CDU-Wahlkämpfer noch so aufregen, eine Politik betreiben, die darauf hinausläuft, andere vor den Kopf zu stoßen. Im Gegenteil, sie wird sich immer wieder darum bemühen, Verständnis zu erwecken.

Wer die Hamburger Rede von Harold Wilson im Übrigen genau liest, der wird feststellen, daß der mögliche neue britische Premier auch dort nicht zu unterschätzende Festlegungen eingegangen ist. Das feierliche Bekenntnis zu einem freien Berlin und die Verurteilung der kommunistischen Schandmauer sind für Deutschland wertvoll.

Bleibt die These von Wilson, es wäre möglich, durch ein militärisches Disengagement Fortschritte im Hinblick auf die Wiedervereinigung zu erzielen. In der sowjetischen Politik gibt es solche Ansätze nicht. Rein militärisch ist ein Disengagement im Jahre 1963 nicht mehr so zu betrachten, wie es vielleicht bis ins Jahre 1956 möglich gewesen wäre. Gewiß, hier gibt es Meinungsunterschiede zwischen der Labour Party und der SPD, es sei denn, Wilson weiß aus seinen Gesprächen mit Khrushchtschow mehr als wir alle. Diese unterschiedlichen Auffassungen über können in aller Ruhe ausdiskutiert werden, denn ein militärisches Disengagement ist eine Frage, die von der Zustimmung aller NATO-Partner abhängig wäre. Die Sozialdemokratische Partei wird diese Probleme nach dem Grundsatz behandeln, das Entspannungsgeschritte nur auf der Basis der militärischen Gleichwertigkeit und sinnvoller Verbindung mit deutschen Fragen erfolgen sollten. Der Gleichzeitgrundsatz wäre beim heutigen Stand der Militärtechnik nicht gewahrt, wenn die Sowjets nur hinter die polnische Ostgrenze, die Amerikaner aber 8.000 Kilometer über den Atlantik abziehen müßten.

Davon die Labour Party zu überzeugen, bleibt Aufgabe der SPD, deren Verdienst nicht abzustreiten ist, daß sie im Rahmen der Internationale schon auf vielen anderen Gebieten Verständnis für deutsche Fragen erreicht hat. Wer von ihr verlangt, daß sie ihre Freunde nicht behandelt und, weil es einzelnen Gruppen in der CDU paßt, vor den Kopf schlägt, der wird vergeblich darauf warten. Nationale Politik besteht eben heute darin, für Deutschland Freunde zu werben. Mit Grobheiten geht das nicht.

Laxe Auffassung

Ist Höcherl noch der richtige Mann ?

Der - Das ursprüngliche bayarische Naturell unseres Bundesinnenministers Höcherl ist gewiß keine ausreichende Entschuldigung für seine letzten Äußerungen, abgegeben im Zusammenhang mit den peinlichen Enthüllungen der Hamburger Wochenzeitschrift "Die Zeit". Höcherl neigt zur Unbesonnenheit, zu raschem Urteil; aber gerade einem Bundesinnenminister, dem der Schutz unserer Verfassung untersteht, würde es gut anstehen, bei der Beurteilung politischer Tatbestände seine Worte auf die Goldwaage zu legen und alles zu vermeiden, was den Eindruck von Leichtfertigkeit oder gar Zynismus erweckt. Höcherl, das von ihm selbst eingeleitete Untersuchungsverfahren vorwegnehmend, findet nichts Anstößiges dabei, daß Maßnahmen für die in der Bundesrepublik keine Rechtsgrundlagen vorhanden sind, von ihm unterstellten Behörden erfolgen, und er stellte mit der Bemerkung, man könne von den Verfassungshütern nicht verlangen, daß sie den ganzen Tag mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen" für leicht und alle Zeiten diesen einen Persil-Schein aus.

Diese unmögliche Auffassung des obersten Verfassungshüters läßt eine erschreckende Einstellung zum Geist und Inhalt des Grundgesetzes, der Grundlage unseres staatlichen Lebens, erkennen. Wenn der Chef schon so denkt, wie kann man dann von seinen Untergebenen eine gewissenhaftere sich an das Gesetz haltende Pflichterfüllung verlangen? Ist die Verletzung nicht gar zu groß, gedeckt durch den derzeitigen Bundesinnenminister, eine für den Schutz unserer Verfassung notwendige Tätigkeit, "außerhalb der Legalität" zu verlegen, wie es schon einmal in der unheimlichen "Spiegel"-Affäre geschah?

Die Lektüre der Montag-Zeitungen wird dem Bundesinnenminister keine Freude bereitet haben. Die deutsche Öffentlichkeit ist hellhörig und achtsam geworden, die Erfahrungen einer Zeit, in der das Recht nichts zählt und im Namen des Staates schauerliche Rechtsbrüche erfolgten, wirken noch nach. Diese gesunde Reaktion entspricht dem Gebot, der Anfechtung zu wehren. Die ungeliebte Lehre von den Mitteln, die den Zweck heiligen darf nicht Eingang in die Praxis finden; ihre Anwendung untergräbt das Vertrauen zum demokratischen Staat und seinen Institutionen. So befehlen sich - in anerkannter Weise - so viele offiziell geförderte Vereine und Vereinigungen um die Hebung des politischen Bildungsstandes unserer heranwachsenden Generation. Da wird versucht, ihr Verantwortungsgefühl zu wecken und ihre Mitarbeit für die Aufgaben von morgen zu gewinnen. Doch der beste staatsbürgerliche Unterricht, von noch so guten Lehrern erteilt, muß versagen, wenn die guten Vorbilder fehlen und die Lehren mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen.

Der Bundesinnenminister gab in diesen Tagen kein gutes Vorbild ab, und der designierte Bundeskanzler Erhard sollte sich wohl in seinen Überlegungen fragen, ob er einen solchen Mann als Bundesinnenminister belassen kann. Und wenn es wieder schon ein Bayer sein muß, so wird sich bestimmt einer finden lassen, der eine mit der Geist des Grundgesetzes mehr korrespondierende Auffassung hat, als der etwas laxe Herr Höcherl.

Wie konservativ ist Englands Linke?

Ein Buch, das Aufmerksamkeit verdient

H.N. - Lord Balfour hat einmal gesagt, gleichgültig welche Partei England regiere, die Konservativen seien immer an der Macht. Anthony Crosland, einer der besten Köpfe der jüngeren Generation der britischen Arbeiterpartei, hat scheinbar ähnliche Auffassungen, denn in seinem letzten Buch*, dessen deutscher Titel etwa lauten würde, "Der konservative Gegner", sagt er: die Arbeiterpartei kratzt selbst sehr stark an dem nationalen Laster des Konservatismus. Es ist insbesondere die Linke in der britischen Arbeiterpartei, der Crosland Konservatismus vorwirft. Die englische Linke lebt seiner Meinung nach in der Vergangenheit und schließt ihre Augen vor den ungeheuren Veränderungen, die sich insbesondere in den letzten zwanzig Jahren vollzogen haben. Croslands Buch ist eine Fortsetzung und Abrundung seines 1956 erschienenen Monumentalwerks "The Future of Socialism" (Die Zukunft des Sozialismus), das dem damals erst achtunddreißigjährigen Unterhausbekleideten und Volkswirtschaftler der Oxford University den Ruf eines modernen Eduard Bernstein eintrug.

Crosland hat einen scharfen Blick für die wirklichen Probleme, vor denen England heute steht und mit denen sich die nächste englische Arbeiterregierung wird beschäftigen müssen. Er gehört zu jenen, die nach der Niederlage des Jahres 1959 eine Revision des Programmpunkts vier der britischen Arbeiterpartei befürworteten, der eine Verstaatlichung der Produktionsmittel vorschlug. Crosland glaubt nicht, daß bei der heutigen Struktur der britischen Großfirmen die Eigentumsverhältnisse die Politik der Betriebe wesentlich bestimmen. Die Führung der Betriebe obliegt in der Praxis den Managern, obwohl diese in der Regel nur einen geringen Prozentsatz der Aktien besitzen. Die Regierung eines modernen Industriestaates hat heute genügend Mittel in der Hand, um die Wirtschaft so zu dirigieren, wie sie wünscht, ohne große Sektoren der Wirtschaft verstaatlichen zu müssen.

Es ist charakteristisch für die englische Wirtschaft, daß sie fast so individualistische Züge wie die der Vereinigten Staaten, von der Professor Galbraith das Wort vom privaten Reichtum und dem öffentlichen Elend (private affluence - public squalor) geprägt hat. Im privaten Bereich gibt es Luxusvillen, Luxusautos und einen privaten Schulsektor, aber für neue Straßen, staatliche Schulen, öffentliche Gebäude und Verkehrsmittel, Spitäler und Theater ist wenig Geld vorhanden und die Zentren der großen Städte verwahrloset und sind ein Jagdgrund für Spekulanten. Diesem Zustand will Crosland steuern. In den privaten Internatschulen sieht er das stärkste Bollwerk für das Fortbestehen des Klassencharakters der englischen Gesellschaft.

Es liegt in der Natur der eigengesetzlichen Entwicklung des englischen Inselreichs, daß die Problemstellung häufig eine andere ist als in Kontinentaleuropa. Gerade dieser Umstand macht es aber für Kontinentaleuropäer so schwer, die englische Politik zu verstehen. Croslands Buch verschafft einen ausgezeichneten Einblick in die englische Welt und setzt sich kritisch und ohne Scheu-Chepper aus sozialistischer Sicht mit den Problemen auseinander. Ein Mangel ist, daß es sich nicht mit Außenpolitik beschäftigt, denn auch auf diesem Gebiet gibt es in England viel Konservatismus und zwar keineswegs nur in der Konservativen Partei.

* G.A.R. Crosland: The Conservative Enemy. A Programme of Radical Reform for the 1960s. Jonathan Cape, London, Preis 30 sh